



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

„Weiterbildung für alle – Niemand darf verloren gehen“

Rede

der Bundesministerin für Bildung und Forschung,

Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich

des 13. Volkshochschultages

am 13. Mai 2011

in Berlin

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung zum 13. Deutschen Volkshochschultag.

Mein erstes Wort an Sie ist ein herzliches Dankeschön für Ihre überzeugende Arbeit in unseren Städten und Gemeinden und die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Mein besonderer Dank gilt Ihrer Präsidentin, dir, liebe Rita Süßmuth, für deinen unermüdlichen Einsatz im Gemeinwesen – für bessere Bildung, für ein ganzheitliches Verständnis von Bildung und für die Förderung von Bildungsbiographien von Anfang an und ein Leben lang.

II.

„Niemand darf verloren gehen“ – das ist der Anspruch an ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem ebenso wie an wirksame und ermutigende Zugänge zur Bildung und Weiterbildung in allen Lebensphasen. Die Volkshochschulen nehmen diesen Anspruch ernst. Sie sind – auch deshalb – unverzichtbare Institutionen in einer modernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, die den Wert der Bildung schätzt und um die Chancen weiß, die damit für jeden Bürger und jede Bürgerin verbunden sind.

„Niemand darf verloren gehen“ – wer so formuliert, weiß auch darum, dass uns das noch nicht ausreichend gelingt. Zur Analyse unseres Bildungssystems gehört die Feststellung, dass uns junge Menschen in ihrer schulischen Laufbahn vor allem an den Übergängen verloren gehen. Prof. Fthenakis hat bei der Didacta in Stuttgart vor einigen Wochen ein schönes Bild geprägt: Unser Bildungssystem gleiche einem Hochhaus, bei dem für den Bau jeder Etage ein anderer Architekt beauftragt worden sei. Bei allen künftigen Fragen zur Organisation der Bildung wird deshalb von zentraler Bedeutung sein, mehr Stimmigkeit in die Übergänge zu bringen und als obersten Maßstab die Erwartung zu setzen, dass niemand verloren geht. Das gilt in besonderer Weise für das Zusammenwirken von frühkindlicher Bildung mit unseren Grundschulen. Das gilt ebenso für die gerade laufende Neuordnung des Übergangssystems zwischen Schule und Ausbildung.

„Niemand darf verloren gehen“ – das beziehe ich auf Schul- und Berufsabschlüsse. In der Qualifizierungsinitiative haben der Bund und die Länder vereinbart, alles daran zu setzen, damit jeder Jugendliche zu einem Schulabschluss kommt. Das setzt frühere individuelle Förderung und Begleitung jener Jugendlichen voraus, die gefährdet sind. Eine zentrale Maßnahme hierzu werden die „Bildungsketten“ sein, die an vielen Schulen bereits zu guten Ergebnissen führen.

Das Konzept der Bildungsketten bündelt Einzelmaßnahmen zu einem über drei bis vier Jahre währenden Begleitungsprozess von Jugendlichen, die sich schwer tun. Er beginnt mit der Potenzialanalyse in Klasse 7, geht über Berufsorientierung bis hinein in die Begleitung der Ausbildung. Dieses Konzept ist anspruchsvoll und verhindert, dass diese Jugendlichen von einer Maßnahme in die andere geschickt werden.

Eine andere Gruppe, der unsere Sorge gelten muss, sind etwa 1,5 Millionen junge Erwachsene ohne Berufsabschluss. Hier geeignete Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, die das Nachholen eines Berufsabschlusses ermöglichen, ist für jeden dieser jungen Bürger wichtig und es ist auch eine drängende Aufgabe im Blick auf den Fachkräftemangel, der sich auf Grund der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren verschärfen wird.

Ich nenne diese Gruppe exemplarisch für jene Gruppen in unserer Gesellschaft, für die die Kernforderung des Volkshochschultages gilt „Weiterbildung für alle“. Der Bund und die Länder haben deshalb auch im Jahre 2008 im Rahmen der vereinbarten Qualifizierungsinitiative beschlossen, gezielt auch die Weiterbildung zu stärken.

Dazu zählen unsere Maßnahmen zur Vernetzung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten vor Ort und bessere Beratungsangebote im Rahmen der Initiative „Lernen vor Ort“. In den beteiligten Städten und Gemeinden ist das Bildungsmanagement vor Ort deutlich besser geworden. Dafür stehen kommunale Bildungsberichte und Bildungspartnerschaften.

Die Bundesagentur für Arbeit fördert betriebliche abschlussorientierte Qualifizierungsmaßnahmen für gering Qualifizierte. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ ist ein Modellprogramm aufgelegt, das insbesondere Frauen ein unbürokratisches Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Rückkehr in den Beruf anbietet.

Wir wollen die Weiterbildungsquote von 43% im Jahr 2008 bis zum Jahr 2015 auf mindestens 50% steigern. Dazu setzen wir gezielte Anreize für individuelle Weiterbildungsbeteiligung. Ein wichtiger Baustein ist die Bildungsprämie, mit der wir gezielt die Weiterbildung von Erwerbstätigen fördern. Mittlerweile haben wir mehr als 50.000 Bildungsgutscheine ausgestellt. Die Begleitung wird durch 500 Beratungsstellen – darunter viele Volkshochschulen – sichergestellt.

Die Volkshochschulen haben schließlich mit dem Internetportal „ich-will-lernen.de“ ein gutes Instrument gefunden, um Lernwilligen durch ein niederschwelliges Angebot den Zugang zur Bildung zu ermöglichen.

Bei den neuen Initiativen der vergangenen Jahre sind die Volkshochschulen – sind Sie – starke Partner für die Bildungspolitik. Mit Ihnen gelingt es uns, neue Wege zu gehen und dann hoffentlich bald auch mehr und mehr jene zu erreichen, die als eher „bildungsferne“ Gruppen in unserer Gesellschaft definiert sind. Die Akzeptanz der Bildungsgutscheine zeigt, dass das bei entsprechend wirksamen Anreizen auch gelingen kann.

Frau Süssmuth hat in ihrer Rede gestern bereits hingewiesen auf die im Februar diesen Jahres vorgelegte, vom BMBF geförderte „leo.-level-one Studie“, aus der hervorgeht, dass 14% der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland – das sind 7,5 Millionen Menschen – nicht oder nur sehr eingeschränkt Lesen und Schreiben können. Mit unserem Bildungsanspruch ist das nicht vereinbaren. Mangelnde Kenntnisse beim Lesen und Schreiben sind zweifellos ein Problem der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund – aber nicht nur dieser Bevölkerungsgruppe. Eine solide Grundbildung für alle gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres Bildungssystems. Menschen mit fehlenden oder schlechten Lese- und Rechtschreibkenntnissen führen oft jahrelang ein

zermürbendes Versteckspiel im Alltag, um ihre Defizite zu verbergen. Die Folgen sind ein geringes Selbstwertgefühl, gesellschaftliche Ausgrenzung und berufliche Barrieren. Sprachliche Bildung ist die absolute Grundvoraussetzung für jede weitere Form von Bildung. Das gilt in der frühkindlichen Bildung, das gilt beim Eintritt in die Grundschule und auch später.

Das BMBF fördert deshalb zahlreiche Forschungsprojekte zur Verbesserung der Alphabetisierungsarbeit in Deutschland. Seit 2007 haben wir mehr als 30 Millionen Euro in Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung der Grundbildung von Erwachsenen investiert.

„Niemand darf verloren gehen“ gilt in ganz besonderer Weise für diese Gruppe, die von funktionalem Analphabetismus betroffen ist.

Deshalb werde ich gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz, den Unternehmensverbänden und den Gewerkschaften einen Grundbildungspakt ins Leben rufen, um gezielte Maßnahmen der Grundbildung zu konzipieren, die sich auf den Analphabetismus beziehen. Die Volkshochschulen werden in diesem Grundbildungspakt mit ihren Kompetenzen eine wichtige Rolle spielen. Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung, bei der alle ihren Beitrag leisten. Und wir brauchen nicht zuletzt Programme, die am

Arbeitsplatz ansetzen, die dort die Sensibilität für Lese- und Schreibschwierigkeiten schärfen. Denn die Mehrheit der Menschen mit diesen Schwierigkeiten hat eine Beschäftigung. Wirtschaft und Gewerkschaften sind hier besonders gefragt. Das BMBF wird sich mit einem Programm zur „arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung“ einbringen.

III.

Weiterbildung für alle – darin haben die Volkshochschulen einen langjährigen Erfahrungsschatz.

Am Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Volkshochschulen Orte, an denen Bildung nicht nur für die klassischen Bildungsschichten möglich war. Sie sind Teil einer Emanzipationsbewegung, die zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft durch Bildung geführt hat. Bildung wurde hier nicht als elitäres Vorrecht einer kleinen Gruppe verstanden, sondern als eine Lebensform, die für jede und jeden erstrebenswert war und ist.

Der Deutsche Volkshochschulverband (dvv) hat auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung im März diesen Jahres die Offenheit für alle signalisiert. Er betont: „Volkshochschulen sind offen für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für

Menschen mit und ohne Behinderungen. Sie sind offen für Menschen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Auffassungen.“

Die Angebote in der Erwachsenenbildung beschreibt der Verband als Möglichkeit, Versäumtes – wie zum Beispiel Schulabschlüsse – nachzuholen, vorhandene Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen zu erweitern sowie neue Anforderungen im Lebensverlauf zu meistern.

Die bundesweit 940 Volkshochschulen tragen mit ihrem großen Engagement und mit ihrer Kompetenz wesentlich bei zu unserem gemeinsamen Ziel einer Bildungsrepublik Deutschland. Sie sind ein Beispiel für die wachsende Bedeutung der Kommunen in der Bildungspolitik. Die kommunale Gestaltungskraft für Bildungspartnerschaften und die Volkshochschulen braucht alle Unterstützung. Das gilt auch für die finanziellen Rahmenbedingungen. Ich weiß um die Finanznöte der Kommunen und will hier auch keine wohlfeilen Ratschläge erteilen. Trotzdem muss man wissen: Bildung ist Daseinsvorsorge. Die Bundesregierung hat entschieden, die Kommunen von den Kosten der Grundsicherung zu entlasten. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, dass kommunale Bildungspolitik und damit verbundene Investitionen eine verlässliche Perspektive bekommen.

Es freut mich, dass die deutschen Volkshochschulen sich auch über Grenzen hinweg engagieren. Das macht die neue Kooperationsvereinbarung mit dem türkischen Bildungsministerium deutlich. Es ist schön, dass dieser 13. Volkshochschultag in Berlin durch die Anwesenheit der türkischen Delegation und vieler anderer internationaler Gäste gewürdigt wird. Im Namen der Bundesregierung möchte ich Sie, liebe ausländische Gäste, ganz herzlich in Deutschland begrüßen.

IV.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik braucht das Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft. Sie braucht vor allem die Kooperation aller Beteiligten vor Ort, um den jungen Menschen die Angebote und Programme zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um ihre eigene Bildungsbiografie schreiben zu können.

Gesamtgesellschaftliches Engagement braucht aber darüber hinaus auch die Bündelung von Kräften auf Bundesebene. Gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Bibliotheksverband, der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung sowie vielen anderen Organisationen und Stiftungen setzen wir uns für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen ein.

Es freut mich besonders, dass ich heute am 13. Volkshochschultag den Deutschen Volkshochschulverband als weiteres Mitglied in der Allianz für Bildung begrüßen darf. Die Volkshochschulen als wichtige Bildungsträger in den Kommunen sind schon heute ein unverzichtbarer Bildungspartner und werden selber vom Austausch mit den anderen Partnern profitieren. Nutzen Sie die Chancen der Allianz für Bildung, um das eigene Programm stärker auch für junge Menschen zu profilieren.

Die Allianz für Bildung soll ein Dach über dem Engagement vor Ort sein. Sie dient der Vernetzung der unterschiedlichen außerschulischen Bildungsakteure, und sie gibt Anstöße zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die auf ihrem Bildungsweg besondere Hilfe und Förderung brauchen.

Die Partner der Allianz bringen ihre Strukturen, ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen ein, um Kinder und Jugendliche in allen Phasen ihrer Bildungsbiographie zu unterstützen.

Ich bin sicher: Der deutsche Volkshochschulverband ist ein Gewinn für diese Allianz. Und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen!

Mit der „Allianz für Bildung“ machen wir einen Anfang, der auch ein Anstoß zu einer gesellschaftlichen Bewegung für mehr gute Bildung ist. Wir wollen allen eine gute Bildung ermöglichen – unabhängig von der Herkunft. Diese große Herausforderung können wir nur gemeinsam schaffen: Wir, das heißt Bund und Länder, Kommunen und Bildungsträger, ehrenamtlich Tätige und Eltern.

„Niemand darf verloren gehen“ – das ist der oberste Leitsatz bei den Bemühungen zur Stärkung unseres Bildungssystems. Dazu gehört die Ermutigung und Ermöglichung von Weiterbildung für Jeden und Jede. Dazu gehören die Volkshochschulen in Partnerschaft mit allen Bildungsakteuren vor Ort. Dazu gehört die Wertschätzung von Bildung als die vielen verschiedenen Wege von Menschen, nicht hinter ihren Möglichkeiten zu bleiben. Dazu gehört Bildung für den ganzen Menschen, seine Selbstständigkeit, Urteilskraft und Orientierung, seine berufliche Qualifizierung und schließlich der Aufstieg durch Bildung.